

# Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtdirektion Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 3337

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtschrist: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverletzungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostau, Porstsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtisdorf, Schmiltz, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele Verantwortlich: R. Rohrlapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gepaltene 35 mm breite Petitzeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 279

Bad Schandau, Mittwoch, den 30. November 1927

71. Jahrgang

## Für eilige Leser.

\* Wie einige Blätter meldeten, soll der zweite Bundesführer des Stahlhelms, Oberstleutnant Duesterberg, bei den kommenden Wahlen kandidieren. Wie jedoch die Stahlhelmpressestelle mitteilt, entsprechen diese Meldungen nicht den Tatsachen. Beide Bundesführer haben erklärt, daß sie niemals kandidieren werden.

\* Wie der Mailänder Korrespondent der „Information“ berichtet, wird Mussolini an den italienischen Kammerberatungen über das italienisch-albanische Defensiv-Abkommen sich persönlich beteiligen und bei dieser Gelegenheit bedeutende Erklärungen über die auswärtige Situation abgeben.

\* In den Steingruben von Opprebais wurden am Dienstag 7 Arbeiter von herabstürzendem Gestein verschüttet. Nur sechs von ihnen konnten noch lebend, aber mit schweren Verletzungen geborgen werden.

\* Der Haushaltsausschuß des Reichstages nahm bei den Weiterberatungen des Besoldungsangelegenheiten Anträge der Deutschnationalen und der Volkspartei an, nach denen die Bezüge der Pensionierten und Hinterbliebenen mit Wirkung vom 1. Oktober 1927 ab neu festgesetzt werden sollen

## Traurige Berühmtheit.

In eines der trübsten Kapitel, vielleicht das trübste, hat der Prozeß zurückgeführt, der vor einem Berliner Amtsgericht geführt wurde und so dramatisch mit der sofortigen Verhaftung eines Zeugen wegen Verdachts des Meineids endete. Denn hinter diesem Verleumdungsprozeß erhob sich der Geist Schlageters, ging es um die Frage, wer ihn den Franzosen in die Hände gesteckt hatte einst im Ruhrkampf. Nur einer von den beiden, die sich gegen die Beschuldigung gewehrt hatten, die Vertreter eines deutschen Volksgenossen gewesen zu sein, verließ den Saal. Als — Beurteilter. Der andere wurde abgeführt.

Jener durfte hinausgehen. Denn ihn, den überführten Verräter, vermag wegen seiner Untat ein deutsches Gericht nicht mehr zu paden. Davor schützt ihn die Amnestie, die 1924 wegen aller Geschehnisse während des Ruhrkampfes vor sich ging. Er geht hinaus mit dem Namen eines in den Tagen des Brudermordes auf der Stirn. Denn er und der nun auch noch meinelidig gewordene Genosse tragen die Blutschuld dafür, daß Schlageter von den Franzosen erschossen wurde.

Jahre sind seitdem vergangen und der Streit, der damals auch im unbefestigten Deutschland um die Frage tobte, ob der „passive Widerstand“ allein genügt oder durch einen aktiven ergänzt werden müßte, ist vom Schicksal entschieden worden: Deutschland war meinelidig selbst in dieser Zeit. Immer schon war gemunkelt worden, daß bei dem, was Schlageter erleiden mußte, Verrat im Spiel gewesen sei. Verrat durch eigene Volksgenossen, die von den Franzosen und Belgiern gekauft waren. Für lumpiges deutsches Papiergeld. Auch andere Verhaftungen, Mißhandlungen Deutscher sollten zur Ursache den Verrat „Deutscher“ gehabt haben. Und doch gibt es jedem, dem deutsches Blut in den Adern rollt, auch jetzt noch geradezu einen Stich ins Herz, als festgestellt wurde, daß diese Gerüchte Wahrheit sind.

Ob sie recht oder unrecht taten, klug oder unklug handelten, diese Schlageter, Hauensien und die Männer um sie — wer will es entscheiden! Und das braucht auch nicht entschieden zu werden, weil sie den festen Glauben besaßen, für eine gerechte Sache zu kämpfen. Sie wußten, daß ihnen Mißhandlung und langjähriger Kerker, ja, daß ihnen für ihr Handeln der Tod drohte, wenn sie in die Fänge der Mordbrecher fielen. Und doch wagten sie es.

Einst führte im Altertum beim Kampf um die Thermopylen ein Verräter das persische Heer den eigenen Volksgenossen in den Rücken und sein Name, Ephialtes, wuchs zu trauriger Berühmtheit, schwand niemals aus der Weltgeschichte. Jetzt geben im Gerichtssaal zwei Männer zu, Geld von den Franzosen dafür erhalten zu haben, daß sie Deutsche in die Hände der Franzosen lockten. Bei einem gelang es, bei Schlageter, bei anderen, die ein nicht ganz so schweres Schicksal hatten, ebenfalls; an diesen Verrätern lag es nicht, daß ihnen die Hauptrolle entfallen konnte, der Mann, den jene beiden zu verurteilen noch den traurigen Mut hatten. Hauptzeugen gegen sie sind frühere französische Kriminalbeamte, sind nicht etwa Deutsche, die durch die Verleumdungen bedroht waren. Sind — französische Kriminalbeamte! Das macht dies alles noch schamvoller für uns Deutsche, noch — schamvoller für jene beiden!

Gewiß, die Zeit jener Kämpfe ist vorbei; vieles von dem, was geschah, blieb im Dunkel, fast möchte man sagen: in einem wohlthätigen Dunkel. Ungefragt mag wohl noch so mancher in Deutschland herumgehen, dessen Opferjahrelang in französischen Kerker gelitten haben. Ungefragt bleibt auch jetzt noch einer, dem die Larve vom Gesicht gerissen worden ist. Ihm aber sprach nicht nur das Gericht das Urteil, — ihm spricht es ein ganzes Volk.

## Der Vorhang in Genf hebt sich

### Beginn der Abrüstungskonferenz.

Ankunft der deutschen Vertreter.

Zu der für den 30. November anberaumten ersten Sitzung der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz ist der deutsche Gesandte Graf Bernstorff, ferner der Völkerbundreferent im Berliner Auswärtigen Amt, Geheimrat von Bülow, Geheimrat von Weizsäcker sowie der militärische Sachverständige Oberst von Böttcher in Genf eingetroffen. Ebenso ist angekommen die englische Abrüstungsdelegation, darunter eine große Anzahl militärischer Sachverständiger, unter Führung des neu ernannten Delegierten Englands beim Völkerbund, Lord Curzon, weiter der französische Völkerbundreferent Graf Clauzel. Paul Boncour wird erwartet.

In Genf rechnet man allgemein damit, daß die diesmahligen Beratungen bis Mitte nächster Woche dauern werden. Die Wahl des chinesischen Gesandten in Paris, Tscheng Lo, zum Vorsitzenden der an die Abrüstungskonferenz anschließenden Tagung des Völkerbundes soll feststehen.

### Die Haltung Deutschlands.

Was die Stellungnahme Deutschlands zu den Abrüstungsberatungen anbelangt, so ist sie mehrfach und in entscheidender Weise von maßgebender Stelle umrissen worden.

Die deutsche Delegation wird mit Nachdruck eine aktive Weiterführung der Abrüstungsverhandlungen fordern und sich auch davon nicht abdrängen lassen, wenn vor französischer und englischer Seite wieder die Forderung vorheiger größerer Sicherheit für beide Länder erhoben wird. Denn mit dem ewigen Verede von genügender Sicherheit, die noch immer nicht erreicht sein soll, ist der ernsthafteste Wille zur Abrüstung nicht zu vereinbaren.

Natürlich ist eine Umgehung des Konfliktes Litauen — Polen kaum möglich. Kommt die Frage nicht schon in den Abrüstungsbesprechungen aufs Tapet, so ist bei der Ratstagung hierzu die Notwendigkeit schon durch den Appell gegeben, den Litauen nach Genf gerichtet hat. In Deutschland besteht selbstverständlich lebhaftes Interesse für die Erhaltung der Selbstständigkeit Litauens. Dieses Land bildet die letzte Brustwehr vor einer vollständigen Einschließung Ostpreußens durch polnisches Gebiet, das ja auf der anderen Seite durch den von ihm besetzten Korridor die Abschneidung vollenden würde.

### Das russische Rätsel.

Was werden die Russen vorschlagen? So forschen die Neugierigen seit der Ankunft der Sowjetdelegation und manche Leute tun recht unrichtig, wenn sie den Wollauern diese oder jene erstaunlichen Pläne zuschreiben.

Es heißt also, der Volkskommissar Litwinow werde der Vorbereitenden Abrüstungskommission weitgehende Abrüstungsvorschläge unterbreiten. Auf jeden Fall soll die Sowjetdelegation entschlossen sein, über den 3. Dezember hinaus in Genf zu bleiben, um zur Teilnahme an politischen Besprechungen zur Verfügung zu sein. Die russischen Vorschläge würden in einem allgemeinen Nichtangriffspakt und einer Abrüstungsabsehung von etwa 50 Prozent gipfeln. Ein französisches Blatt meldet knapp, die Russen würden beantragen, in den Abrüstungen aller Nationen solle ein zehnjähriger Stillstand eintreten. Während dieser Zeit müßten alle Ausgaben für Heer, Flotte und Luftschiffahrt auf die Hälfte herabgesetzt werden.

Was an solchen Behauptungen Wahres ist, wird sich bald zeigen. Die russische Delegation selbst bewahrt äußerste Zurückhaltung. Litwinow hat dem Generalsekretär des Völkerbundes, Drummond, einen Höflichkeitsbesuch abgestattet. Anschließend suchte Litwinow den Direktor der Abrüstungssektion des Völkerbundsekretariates auf, mit dem er eine Unterredung über den Stand der Abrüstungsverhandlungen sowie die Tagesordnung der bevorstehenden Sitzung der Abrüstungskommission hatte. Ferner hatte der deutsche Graf Bernstorff eine Unterredung mit Litwinow. Wegen der Anwesenheit der Russen hat das Völkerbundsekretariat große Vorsichtsmaßregeln getroffen. Die Zulassungstare sämtlicher Pressevertreter müssen mit der Photographie des Inhabers versehen sein. Man will verhindern, daß sich etwa jemand unter mißbräuchlicher Benützung einer Pressekarte in das Völkerbundshaus oder den Sitzungssaal Eingang verschafft. Die Meldung, daß die Bundesbehörde der Sowjetdelegation zugesichert habe, während ihres Aufenthalts in der Schweiz jedem russischen Emigranten die Einreise zu verweigern, soll nicht richtig sein.

### Amerika nimmt am Sicherheitsausschuß nicht teil.

Genf, 29. November. Von zuverlässiger Seite wird heute abend mitgeteilt, daß die amerikanische Delegation auf Grund strikter Weisungen aus Washington sich an der Bildung des Sicherheitsausschusses nicht beteiligen wird, und zwar wird die amerikanische Delegation in den Sicherheitsausschuß weder einen Delegierten noch einen Beobachter entsenden. Der Führer der amerikanischen Delegation, der Gesandte in Bern, Wilson, wird voraussichtlich in einer der ersten Sitzungen der Kommission den Standpunkt der amerikanischen Regierung zu dem Sicherheitsausschuß bekannt geben.

### Die ersten Besprechungen in Genf.

Genf, 30. November. Im Laufe des Dienstagnachmittags und am Abend haben die ersten Fühlungnahmen zwischen den nunmehr bis auf Paul Boncour sämtlich eingetroffenen Delegierten zu der Abrüstungskommission stattgefunden. Der Führer der amerikanischen Delegation, die nur aus einigen wenigen juristischen Sachverständigen besteht, der Gesandte in Bern, Wilson, stattete Sir Eric Drummond einen längeren Besuch ab. Sodann fand eine längere Besprechung zwischen der englischen und amerikanischen Delegation statt. Auch zwischen der deutschen und sowjetrussischen Delegation hat am Dienstagabend eine weitere Fühlungnahme stattgefunden.

Wie bereits gemeldet, besteht zwischen der französischen und englischen Delegation Einstimmigkeit darüber, die kommende Diskussion in der Abrüstungskommission ausschließlich auf die Tagesordnung zu beschränken. Wie weiter verlautet, hat sich dieser Auffassung auch die italienische Regierung angeschlossen. Es scheint die Absicht zu bestehen, eine einheitliche Stellungnahme zu den sowjetrussischen Anträgen herbeizuführen. Man will die Anträge der sowjetrussischen Delegation, die zweifellos ungewöhnlich weitgehende Abrüstungsforderungen enthalten werden, als über die Aufgabe der Abrüstungskommission hinausgehend erklären. Hierdurch würde eine sachliche Erörterung der sowjetrussischen Abrüstungsanträge zum mindesten auf Schwierigkeiten stoßen, da zunächst geklärt werden müßte, ob die sowjetrussischen Anträge überhaupt im Rahmen der Abrüstungskommission zu behandeln seien.

### Die Alliierten können 15 Millionen Soldaten ins Feld führen.

London, 29. November. Am Vorend des Zusammentritts der Vorbereitenden Abrüstungskommission in Genf werden in England noch einmal alle Möglichkeiten für ein Abkommen eifrig diskutiert. Obwohl es nicht an Versuchen gefehlt hat, Rußland und Deutschland als die beiden Länder hinzustellen, von denen voraussichtlich die größten Schwierigkeiten für einen günstigen Verlauf der Verhandlungen kommen werden, wird nunmehr zugegeben, daß die französische These, erst die Sicherheitsfrage und dann die allgemeine Abrüstung zu behandeln, zu erheblichen Schwierigkeiten führen muß. Die Genfer Berichte, wonach bereits ein Uebereinkommen zwischen Großbritannien, Frankreich und Italien bestehe, sich jeder Forderung Deutschlands und Rußlands, eine allgemeine Abrüstungsdebatte herbeizuführen, zu widersetzen, finden in London keine Bestätigung. Die Herstellung einer solchen Einheitsfront gegen Deutschland und Rußland ist zum mindesten unwahrscheinlich, da bisher besonderer Nachdruck darauf gelegt wurde, sich nicht ohne weiteres mit der französischen Sicherheitstheorie zu identifizieren. Das Mißtrauen gegen übertragende Aktionen der russischen Delegation mag vielleicht die Tendenzen zur Schaffung einer geschlossenen Front der Westmächte verschärfen. Die Zusammenkopplung Deutschlands und Rußlands als Vertreter völlig gegensätzlicher Auffassungen ist aber zweifellos als Tendenz zu werten.

Der konservative „Evening Standard“ weist darauf hin, daß Frankreich und seine Alliierten neun Verträge untereinander geschlossen hätten, von denen fünf eine geheime Militärkonvention enthielten, nämlich die Bündnisverträge mit Polen und Belgien und die drei Verträge zwischen den Staaten der Kleinen Entente. Alle diese Mächte zusammen seien in der Lage, etwa 15 Millionen ausgebildete Soldaten ins Feld zu führen. Frankreich suche aber immer noch nach Sicherheit.

### Keine englisch-russischen Verhandlungen in Genf.

Genf, 29. November. Von gut informierter englischer Seite verlautet, daß der englische Außenminister Chamberlain nicht die Absicht habe, in Genf in Verhandlungen mit der sowjetrussischen Delegation und insbesondere mit dem stellvertretenden Außenkommissar Litwinow einzutreten. Die englische Regierung vertrete vielmehr die Auffassung, daß Verhandlungen zwischen der englischen und der russischen Regierung lediglich in London stattfinden hätten. Es läge für die englische Regierung keinerlei Veranlassung vor, in Genf in Verhandlungen mit der sowjetrussischen Delegation zu treten.